

Anwesend:

**Oberbürgermeister**

Oberbürgermeister Andreas Wagner

**Mitglied CDU-Fraktion**

Ratsmitglied Werner Bohlen-Janßen

Ratsmitglied Jörn Felbier

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Byrte Janßen

Ratsmitglied Siegfried Kasiske

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsvorsitzender Helmut Möhle

Ratsmitglied Prof. Günter Reuter

Ratsmitglied Jasmin Tegge

**Mitglied SPD-Fraktion**

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Bürgermeister Holger Barkowsky

Ratsmitglied Peter Debring

Beigeordneter Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Björn Heinisch

Ratsmitglied Howard Jacques

Ratsmitglied Wolfgang Jeschke

Ratsmitglied Petra Kolbe

Ratsmitglied Uwe Nolle

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Norbert Schmidt

**Mitglied WBV-Fraktion**

Ratsmitglied Sabine Aretz

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Rainer Büscher

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Ratsmitglied Peter Sokolowski

**Mitglied Gruppe UWG/Grüne**

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

**Mitglied FDP**

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

**Mitglied BASU**

Ratsmitglied Helga Weinstock

**Dezernenten**

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtrat Oliver Leinert

**von der Verwaltung**

Leitung Referat 2 - Referat für Umwelt, Bau und Feuerwehr Niksa Marusic

Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Fiedelak

Leiter Kulturbüro Arnold Preuß

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Claudia Wachenfeld

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Stellv. Fachbereichsleiterin Rechnungsprüfungsamt Heike Jacobs

Fachbereichsleitung Finanzen Jörg Valnion

Fachbereich Finanzen Torben Müller

Pressesprecherin Julia Muth

**Protokollführerin**

Protokollführerin Insa Rogel

**Es fehlte entschuldigt**

Ratsmitglied Oliver Gerriets

Ratsmitglied Brigitte Klee

Beigeordneter Michael Veh

Beigeordneter Michael von den Berg

Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Ratsmitglied Christine Will

**als Gast**

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers

Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven Reinhold Keil

UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum Wattenmeerhaus Dr. Juliana Köhler

**A. Öffentlicher Teil ab Seite 3**

**Einwohnerfragestunde auf Seite 13**

**B. Nichtöffentlicher Teil**

## A. Öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

|       |                                                                                                                                   |          |
|-------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 6.1.1 | Rahmenbeschluss zur Kulturentwicklung Wilhelmshaven                                                                               | 186/2016 |
| 6.1.2 | Errichtung der Kulturstiftung Wilhelmshaven                                                                                       | 183/2016 |
| 6.1.3 | NEU: Operative Umsetzung der Ratsbeschlüsse zur Kulturellen Entwicklung                                                           | 65/2016  |
| 6.1.4 | Ausstellungserneuerung UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum                                                            | 185/2016 |
| 6.2.1 | Namensgebung der "Grundschule in der Gartenstadt" zum Schuljahr 2016/17                                                           | 141/2016 |
| 7     | Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten                                                                      |          |
| 8.1   | Anfrage der WBV-Fraktion über die Ausgestaltung des Vertrages mit dem Verein "Free-Dogs-WHV" zur Nutzung der Hundefreilaufflächen | 533/2016 |
| 9     | Einwohnerfragestunde                                                                                                              |          |

### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

**Ratsvorsitzender Möhle** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### 2 Feststellung der Tagesordnung

**Herr Möhle** erklärte, der **Tagesordnungspunkt 6.2.1** werde **zurückgezogen**.

**Herr Dr. von Teichman** beantragte die **Nichtbefassung bzw. Vertagung der Punkte 6.1.1 bis 6.1.3**. Er nannte die aufgeführten Beschlussvorlagen nicht entscheidungsreif, unvollständig und fehlerhaft. Es handele sich um weitreichende Beschlüsse mit erheblichen, vor allem unabsehbar finanziellen Konsequenzen für die Stadt, für deren sachliche Besprechung es noch zu früh sei.

Nachdem der **Antrag von Herrn Dr. von Teichman mehrheitlich abgelehnt** worden war, wurde die Tagesordnung in der von Herrn Möhle vorgetragenen Form mehrheitlich festgestellt.

### 3 Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 26.04. und 25.05.2016 (soweit vorliegend)

Die Protokolle lagen noch nicht vor.

### 4 Aktuelle Stunde

**Herr Debring** trug im Rahmen der aktuellen Stunde sein Anliegen zum Thema „Situation des Krankenhauses und des "Instituts für Tumorbilogie"“ vor. An der folgenden kurzen Aussprache beteiligten sich **Herr Dr. von Teichman, Herr Heinemann, Frau Linsen-Steiner und Frau Glaser**.

## 5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

**Herr Stoffers** informierte bezüglich der Entscheidung, den Tagesordnungspunkt 6.2.1 „Namensgebung der „Grundschule in der Gartenstadt“ zum Schuljahr 2016/17“ zurückzuziehen: Der Vorschlag zur Namensgebung sei von den Schulvorständen der Grundschule Siebethsburg und der der Grundschule Peterstraße vorgelegt worden. Nach Rücksprache mit der Landesschulbehörde habe sich ergeben, dass für die Namensgebung der Schulvorstand der ab dem 01.08.2016 zu bildenden Schule zuständig sei. Dem jetzt vorgelegten Vorschlag könne so nicht zugestimmt werden, da dieser nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sei. Es gebe zum weiteren Vorgehen zwei Handlungsoptionen: Entweder stimme der Rat der vorgelegten Namensgebung unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den neu gebildeten Schulvorstand zu oder es werde die Bildung des neuen Schulvorstandes abgewartet, welcher dann einen entsprechenden Namensvorschlag vorlege. In der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses habe man sich einstimmig dafür entschieden, den formellen Weg zu beschreiten und die Namensgebung des neuen Schulvorstandes abzuwarten.

## 6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

### 6.1 Ausschuss für Sport und Kultur (Beigeordneter Möhle)

**Herr Möhle** gab den Ratsvorsitz an Frau Gastmann als seine Stellvertreterin ab.

#### 6.1.1 Rahmenbeschluss zur Kulturentwicklung Wilhelmshaven

**186/2016**

**Herr Möhle** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur am 16.06.2016 vor.

Der von **Herrn Walpurgis** anschließend eingebrachte Antrag auf Anhörung von Herrn Dr. Wiesner fand nicht die nach § 13 der Geschäftsordnung erforderliche Mehrheit von  $\frac{3}{4}$  der anwesenden Ratsmitglieder.

**Oberbürgermeister Wagner** informierte über verschiedene Ergänzungen des Beschlussvorschlages, welche die Verwaltung in Folge der jüngsten Verhandlungen vorgenommen habe:

Zu Buchstabe b)

Es wird ein Museumsstandort Weserstraße / Bontekai geplant. Küstenmuseum / Stadtmuseum sind an diesem künftig gemeinsamen Standort vorzusehen. **Eine Unterbringung der Kunsthalle im jetzigen Baukörper der Jahnhalle ist nicht vorgesehen.**

Zu Buchstabe c)

Der Rat stimmt zu, dass die operative Umsetzung der Ratsbeschlüsse zur kulturellen Entwicklung in Wilhelmshaven ab dem 1. Juli 2016 von der stadt eigenen Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH (WTF) durchgeführt wird, **längstens jedoch bis die Kulturstiftung ihre Arbeit aufnimmt.** -> siehe Vorlage 65/2016 NEU.

Zu Buchstabe f)

Die Standortentscheidung Kunsthalle erfolgt nach abgestimmter Planung **in Zusammenarbeit mit dem Kunstverein.**

Auch haben die aus der vorbereitenden Sitzung der Fachausschüsse resultierenden Fragen zwischenzeitlich geklärt werden können.

**Herr Barkowsky** lobte die gute Entwicklung der Arbeitsgruppe Kunst, mit welcher die Stadt sich nach erfolglosen Bemühungen jetzt auf einem guten Weg befinde. Dennoch halte er den Zeitpunkt für abschließende Entscheidungen für nicht optimal, dafür gebe es noch zu viele offene Fragen. Er könne nicht zustimmen, bis es nicht einen Gesamtplan für alle kulturellen Bereiche gebe.

Auch **Frau Weinstock** verließ ihrem Unverständnis über die scheinbar plötzliche Eile Ausdruck. Ebenso könne sie nicht nachvollziehen, aus welchen Gründen die Kunsthalle aus den heutigen Beschlüssen herausgehalten werde. Ihrer Meinung nach solle dieses Thema aus dem Wahlkampf herausgehalten werden, da es für die Kunsthalle andere Pläne gebe. Sie werde daher ebenfalls nicht zustimmen.

**Herr Dr. von Teichman** zeigte sich zunächst empört über die abgelehnte Anhörung. Im Folgenden brachte er seine Skepsis gegenüber der Kulturstiftung zum Ausdruck. Seiner Meinung nach werde das Thema „Kultur“ fortan durch die undurchsichtigen Strukturen der Stiftung und die Verlagerung auf die WTF vor den Bürgern geheim gehalten und der Rat entmachtet. Er halte die Planung in ihrer Gesamtheit für fehlerhaft. So könne er auch einen Ankauf der Jahnhalle ohne Plan für Ausstellungsinhalte nicht nachvollziehen. Allein für die Unterbringung des künftigen Stadtmuseums sei die Fläche zu groß. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Kunsthalle tatsächlich nicht doch in der Jahnhalle untergebracht werden solle. Insgesamt sehe er die Stadt mit den negativen Folgen im Falle eines Beschlusses konfrontiert.

Zuletzt beantragte Herr Dr. von Teichman die **getrennte Abstimmung** über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages.

**Herr Debring** verwies Herrn Dr. von Teichman auf mittlerweile mehrfach geäußerte Versicherungen, die Kunsthalle werde in keinem Fall in der Jahnhalle untergebracht. Im Übrigen halte er die von Oberbürgermeister Wagner vorgebrachten Änderungen für sinnvoll.

**Herr Schmidt** betonte die Bedeutung der heute zu fassenden Beschlüsse und zeigte sich erfreut, dass nunmehr die Bedeutung der Kunst hervorgehoben werde. Die heutige Situation sei nicht zuletzt Fehlern aus der Vergangenheit geschuldet. Um die sich bietenden Chancen optimal nutzen zu können, sei jedoch ein vernünftiger fachbezogener Start unter der Beteiligung Aller von großer Wichtigkeit. Eile sei hier nicht geboten, sondern Gründlichkeit. Zunächst müssten alle offenen Fragen geklärt werden, um die Zustimmung einer breiten Mehrheit zu erhalten. Mit der jetzt an den Tag gelegten Eile sei keinem weitergeholfen, weshalb er die Beschlüsse ablehnen werde.

Am Beispiel der Jahnhalle zeigte **Herr Walpurgis**, dass die Entscheidungen der Vergangenheit nach seinem Dafürhalten nicht sehr zukunftsweisend waren. Er warnte davor, heute den gleichen Fehler zu begehen und Beschlüsse voreilig zu fassen. Auch für ihn enthielten die heutigen Themen noch zu viele Fragen. Seiner Meinung nach sei die Zeit seit den Kulturkolloquien nicht gut genug genutzt

worden. Er vermisse eine umfassende, tragfähige Lösung und empfinde das Vorgehen ebenfalls als voreilig. Auch könne er nicht nachvollziehen, dass die Anhörung des Zuhörers abgelehnt wurde.

**Herr Becker** stimmte Herrn Walpurgis in Bezug auf die Anhörung zu. Er warf aber die Frage auf, warum die Kulturkolloquien nicht stärker genutzt worden seien. Die Diskussion um die Kultur währe nunmehr mehrere Jahre, Eile könne er daher nicht erkennen. Vielmehr sei es jetzt an der Zeit, endlich einmal Entscheidungen zu treffen. Seine Fraktion habe sich informiert und ihre Fragen durch Gespräche geklärt. Auch wenn sich die Fraktion mit dem Ankauf der Jahnhalle aufgrund des vergleichsweise hohen Kaufpreises nicht recht befreunden könne, werde man doch den Weg mit gehen und den Beschlüssen zustimmen.

**Herr Leinert** verlieh seinem Unverständnis gegenüber dem mehrfach geäußerten Vorwurf der Voreiligkeit Ausdruck. Nachdem er die Vorgeschichte der heutigen Entscheidungen noch einmal Revue passieren ließ, betonte er, dass die jetzt vorgelegten Beschlussvorlagen aufgrund der ausführlichen Vorberatungen keinerlei Überraschungen bergen würden. Die Verwaltung stehe voll umfänglich hinter den Vorschlägen; auch in den Gesprächskreisen, welche mit national bekannten Fachleuten besetzt seien, bestehe darüber ein großer Konsens.

**Herr Hellwig** machte darauf aufmerksam, dass in der Vergangenheit der Bereich Kunst und Kultur nur für Einsparungen im Fokus gestanden habe. Erst in der jüngeren Zeit habe man sich um Änderungen bemüht. So sei mit den Beteiligten das Gespräch gesucht und das geplante Vorgehen abgestimmt worden. Er könne daher die beklagte mangelnde Beteiligung nicht erkennen und halte eine Entscheidung für notwendig. Er betonte, dass es bei den Vorlagen heute zunächst um die Festlegung von Rahmenbedingungen gehe. Über die Details zur Ausgestaltung sei später zu entscheiden. Eine Vertagung halte er auf keinen Fall für sinnvoll. Die Beschlussvorlagen seien sehr wohl durchdacht und nachhaltig.

**Frau Linsen-Steiner** wandte sich an die langjährigen Ratsmitglieder, die immer wieder die Entscheidungen kritisierten und riet diesen, einmal selbst Verbesserungsvorschläge einzubringen.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, erfolgte die **Abstimmung über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages**, inklusive der von Oberbürgermeister Wagner vorgetragenen Änderungen:

a) **Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt

(bei 7 Gegenstimmen: Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU; Herr Dr. von Teichman, FDP; Herren Barkowsky und Schmidt, beide SPD-Fraktion)

Errichtung der Kulturstiftung Wilhelmshaven -> siehe Vorlage 183/2016.

b) **Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt

(bei 7 Gegenstimmen: Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU; Herr Dr. von Teichman, FDP; Herren Barkowsky und Schmidt, beide SPD-Fraktion)

Es wird ein Museumsstandort Weserstraße / Bontekai geplant. Küstenmuseum / Stadtmuseum sind an diesem künftig gemeinsamen Standort vorzusehen. **Eine Unterbringung der Kunsthalle im jetzigen Baukörper der Jahnhalle ist nicht vorgesehen.**

c) **Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt

(bei 7 Gegenstimmen: Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU; Herr Dr. von Teichman, FDP; Herren Barkowsky und Schmidt, beide SPD-Fraktion)

Der Rat stimmt zu, dass die operative Umsetzung der Ratsbeschlüsse zur kulturellen Entwicklung in Wilhelmshaven ab dem 1. Juli 2016 von der stadteigenen Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH (WTF) durchgeführt wird, **längstens jedoch bis die Kulturstiftung ihre Arbeit aufnimmt.**  
-> siehe Vorlage 65/2016 NEU.

d) **Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt

(bei 8 Gegenstimmen: Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU; Herr Dr. von Teichman, FDP; Herren Barkowsky und Schmidt, beide SPD-Fraktion; Frau Tegge, CDU-Fraktion und 1 Enthaltung: Herr Sokolowski, WBV-Fraktion)

Ankauf Weserstraße 58 – Jahnhalle -> siehe Vorlage 184/2016 (nichtöffentlich)

e) **Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt

(bei 3 Gegenstimmen: Frau Ober-Bloibaum, Herr Walzner, beide Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU)

Ausstellungserneuerung UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum -> siehe Vorlage 185/2016

f) **Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt

(bei 7 Gegenstimmen: Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU; Herr Dr. von Teichman, FDP; Herren Barkowsky und Schmidt, beide SPD-Fraktion)

Die Standortentscheidung Kunsthalle erfolgt nach abgestimmter Planung **in Zusammenarbeit mit dem Kunstverein.**

6.1.2 Errichtung der Kulturstiftung Wilhelmshaven**183/2016**

**Herr Möhle** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur am 16.06.2016 vor.

**Oberbürgermeister Wagner** machte darauf aufmerksam, dass es sich bei den in § 11 Absatz 2 des Satzungsentwurfs genannten „in Museums- und Kulturangelegenheiten erfahrenen Personen“ um externe Berater handele.

**Frau Breuer** bezog sich auf die immer wieder geäußerten Einwände, mit der Errichtung dieser Stiftung werde die Einflussmöglichkeit der bisherigen Institutionen aus dem Kunst- und Kulturbereich beschnitten oder gar abgeschafft. Diesbezüglich wolle sie darauf aufmerksam machen, dass gerade diese Institutionen, zusammen mit den externen Fachleuten, das Kuratorium der künftigen Stiftung mit einer Mehrheit von 2/3 besetzen werden. Somit sei der Bereich Kunst und Kultur sehr gut in der Stiftung vertreten. Der Rat spiele hier nur eine eher informative Rolle.

(…)

Dennoch **beantrage** die WBV-Fraktion die **Änderung der Satzung** in folgenden Punkten:

*„§ 14 (2) wird wie folgt ergänzt:*

*Änderungen, die § 11 (2) betreffen, bedürfen der 9/10 Mehrheit.*

*Streiche in § 12 (3) das Wort „Geschäftsführung“.*“

**Herr Dr. von Teichman** zeigte sich erstaunt, dass bereits jetzt Teile der Satzung geändert würden. Dies zeige seiner Meinung nach, dass der Entwurf nicht voll ausgereift sei. Er verurteilte erneut die mangelnde Auseinandersetzung mit dem Thema in den vergangenen Jahren. Nach seinem Dafürhalten gebe es auch hier noch zu viele Unstimmigkeiten. Das zentrale Problem stelle für ihn die mangelnde Transparenz durch die Verlagerung der Diskussionen in nicht öffentlich tagende Gremien dar. Damit einher gehe die Entmachtung des Rates. Er bezweifelte, dass eine solche Stiftung funktionieren könne und vermisste Aussagen darüber, ob sich eine solche Einrichtung in anderen Städten schon einmal bewährt habe. Er könne außerdem die allgemeine Auffassung nicht nachvollziehen, dass mit dieser Stiftung nun die städtischen Kultureinrichtungen gerettet würden. Vielmehr hinge auch die Stiftung finanziell vom städtischen Haushalt ab und sei damit ebenso Sparzwängen unterworfen, wie zuvor die einzelnen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund stehe zudem die Vernichtung des bürgerschaftlichen Engagements in den Fördervereinen zu befürchten. Insgesamt könne er daher keinerlei Vorteile in der Errichtung der Stiftung erkennen.

**Herr Debring** erklärte, mit den heutigen Beschlüssen werde zunächst die rechtliche Form festgelegt. Die Arbeit daran werde fortgeführt und erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolge die Ausgestaltung der Details. Dennoch würden auch ihn Erfahrungsberichte aus anderen Städten mit einer solchen Stiftung interessieren.

**Frau Fiedelak** informierte, die Verwaltung habe sich durchaus durch andere Städte informieren lassen und von dort Anregungen mitgenommen. Nachdem sie einige Beispiele aufgeführt hatte, berichtete sie von den durchweg positiven Erfahrungen, die anderenorts mit Kulturstiftungen bereits hätten gesammelt werden können. Entgegen den Befürchtungen von Herrn Dr. von Teichman sei eine Stiftung sehr wohl dazu geeignet, gemeinsam mit allen Interessengruppen zusammen zu arbeiten.

**Herr Prof. Reuter** äußerte sein Unverständnis gegenüber dem Einwand von Herrn Dr. von Teichman, die Stiftung sei vom städtischen Haushalt abhängig. Dies sei ein ganz normaler Vorgang, da der Rat nun einmal das für die Gemeindefinanzen zuständige Organ sei.

**Herr Heinemann** ergänzte, dass die Verbindungen zu den Fördervereinen selbstverständlich gepflegt werden müssten. Dies lasse der Rahmenvertrag aber auch ausdrücklich zu.

**Oberbürgermeister Wagner** bezog sich auf den Änderungsantrag der WBV-Fraktion: Die Änderung zu § 14 Absatz 2 sei nicht sinnvoll, da ein Eingriffsrecht bereits mit dem 2. Halbsatz geregelt werde. Er bitte daher, diesen Teil des

Änderungsantrages zurück zu ziehen. Der zweite Teil der Änderung werde entsprechend eingearbeitet.

**Frau Breuer** zeigte sich einverstanden und zog den ersten Teil des Änderungsantrags der WBV-Fraktion, bezogen auf § 14 Absatz 2, zurück.

In Bezug auf die Einflussnahme von Fördervereinen wies **Herr Becker** darauf hin, dass ein Förderer doch ohnehin kein Mitspracherecht besitze. Er appellierte, nicht immer nur Probleme aufzudecken, ohne selbst konstruktive Änderungsvorschläge zu machen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Walpurgis** erklärte **Frau Fiedelak**, es gebe keine Festlegung bezüglich der „üblichen“ Dauer zwischen Gründung einer Stiftung bis zur Umsetzung. Da die jeweiligen Prozesse nicht immer vergleichbar seien und Genehmigungen von verschiedenen Stellen zu erfolgen hätten, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage über den Zeitpunkt erfolgen, zu dem die Stiftung ihre Tätigkeit aufnehmen.

**Beschluss:** -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 7 Gegenstimmen: Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU; Herr Dr. von Teichman, FDP; Herren Barkowsky und Schmidt, beide SPD-Fraktion)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt auf der Grundlage des Entwurfs der als Anlagen beigefügten Satzung und des Stiftungsgeschäfts die "Kulturstiftung Wilhelmshaven" zu gründen.
2. Als Stiftungsvermögen wird ein Betrag von zunächst 50.000,00 € eingebracht. Dieser Betrag wird hiermit nachbewilligt.
3. Die Stiftung soll die Anerkennung der Gemeinnützigkeit beantragen.
4. Als Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Stiftung wird der Tag der notariellen Beurkundung bestimmt.

6.1.3 NEU: Operative Umsetzung der Ratsbeschlüsse zur Kulturellen Entwicklung **65/2016**

**Herr Möhle** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur am 16.06.2016 inklusive der unter TOP 6.1.1 beschlossenen Änderung vor.

**Herr Dr. von Teichman** sah die WTF weder personell noch finanziell in der Lage, diese Aufgabe zu übernehmen. Seiner Meinung nach gehöre diese zentrale Aufgabe in den Kulturausschuss. Auch die vor einigen Jahren ins Leben gerufenen Kulturkolloquien sollten bei der Erledigung helfen. Dass diese im Sande verlaufen seien, sehe er allein im Verantwortungsbereich der Verwaltung. In Bezug auf die Äußerungen von Herrn Becker, er möge doch selbst einmal Vorschläge unterbreiten, verwies er auf seine Bemühungen, die kulturpolitischen Leitlinien mit Leben zu füllen. Er verspüre jedoch wenig Lust, sich weiter mit Änderungsvorschlägen einzubringen, wenn diese regelmäßig aufgrund der Mehrheitsverhältnisse abgelehnt würden. Herr Dr. von Teichman prophezeite, die

heute gefassten Beschlüsse würden ohnehin über kurz oder lang revidiert werden müssen. Er könne keine Zukunft darin erkennen, Planungen im Bereich Kunst und Kultur unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorzunehmen und die Stiftung vollkommen von der finanziellen Lage der Stadt abhängig zu machen. Er fordere stattdessen, sämtliche Kultureinrichtungen zurück in den Kulturausschuss zu verlagern.

**Herr Hellwig** bestätigte, dass der Rat sogar laut Gesetz dafür zuständig sei, die städtischen Finanzen und damit nicht zuletzt auch das Geld der Bürger zu verwalten.

Mit der Durchführung zahlreicher Großveranstaltungen in der jüngsten Vergangenheit habe darüber die WTF bewiesen, dass diese Einrichtung durchaus in der Lage ist, die heute übertragene Aufgabe zu meistern. Dies sei darüber hinaus doch ohnehin nur als Übergangslösung bis zur vollständigen Handlungsfähigkeit der Kulturstiftung vorgesehen. Er könne keine Probleme in diesem Konstrukt erkennen.

**Herr Becker** mahnte in Richtung von Herrn Dr. von Teichman, seine Unterstellungen zu unterlassen. Die WBV-Fraktion habe vollstes Vertrauen in Herrn Diers und seine Mitarbeiter, diese Aufgabe zu schultern.

**Beschluss:** -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 7 Gegenstimmen: Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU; Herr Dr. von Teichman, FDP; Herren Barkowsky und Schmidt, beide SPD-Fraktion)

Der Rat stimmt zu, dass die operative Umsetzung der Ratsbeschlüsse zur kulturellen Entwicklung in Wilhelmshaven ab dem 1. Juli 2016 von der stadteigenen Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH (WTF) durchgeführt wird, **längstens jedoch bis die Kulturstiftung ihre Arbeit aufnimmt**. Diesbezügliche Ressourcenentscheidungen bleiben dem Rat vorbehalten.

6.1.4 Ausstellungserneuerung UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer **185/2016**  
Besucherzentrum

**Herr Möhle** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur am 16.06.2016 vor und dankte Frau Dr. Köhler für ihre Arbeit.

**Herr Dr. von Teichman** bezweifelte aufgrund des Wortlautes der Beschlussvorlage, dass die Finanzierung tatsächlich gesichert sei. Er erinnerte außerdem an die in der Vergangenheit bereits erfolgten und durchaus erfolgreichen Investitionen in die Modernisierung der Ausstellung im Wattenmeerhaus. Seiner Meinung nach stünden die übrigen kulturellen Einrichtungen wesentlich besser da, wenn auch dort derartige Beträge investiert würden.

Die Nachfrage von **Frau Breuer**, ob im Betrag von 1,3 Mio. €, der von der Stadt aufzubringen sei, bereits der Betrag zum Einwerben von Drittmitteln enthalten sei, wurde von **Herrn Leinert** bejaht.

(...)

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat stellt die erforderliche Co-Finanzierung in Höhe von bis zu 700.000 € zur Ausstellungserneuerung im UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum, vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung des Doppelhaushalts 2017/2018, sicher. Die Neugestaltung der Dauerausstellung kostet ca. 2 Mio. € und wird zu 65 % **(1,3 Mio. €)** durch Zuschüsse von der N-Bank finanziert. Es ist geplant den städtischen Anteil durch die Nutzung von weiteren Dritt-Mitteln (z.B. Zuschüsse von Umweltstiftungen) zu minimieren. Ziel ist ein Eigenanteil der Stadt von max. 10 %, also max. 200.000.- €.
2. Dazu sind Umbauarbeiten im GGS WiPlan in Höhe von 700.000.- € zu berücksichtigen. Auch hierfür wird eine Förderung von 65 % angestrebt, d.h. 245.000.- € werden in den WiPlan GGS eingestellt.
3. Eine optimierte Darstellung des UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrums würde die Erweiterung des Vortragssaales notwendig machen. Die notwendige Investition beträgt 1 Mio. €, die ebenfalls mit 65 % gefördert werden soll.

## Fazit:

Die Investition des UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrums wird mit insgesamt 3,7 Mio. € veranschlagt, wovon max. 1,3 Mio. € von der Stadt aufzubringen sind.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes übernahm **Herr Möhle** wieder den Ratsvorsitz.

6.2 Schulausschuss (Ratsfrau Will)6.2.1 Namensgebung der "Grundschule in der Gartenstadt" zum Schuljahr 141/2016 2016/17

- zurückgezogen -

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

**Herr Stoffers** informierte, es liege zwischenzeitlich eine Antwort der Kommunalaufsicht auf die Beschwerde von Herrn Debring bezüglich der Anschaffung der LED-Werbebanden vor. Dort sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Verstoß gegen haushaltsrechtliche Vorschriften des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung nicht vorliege.

**Oberbürgermeister Wagner** nahm anschließend Stellung zur Berichterstattung in der NWZ bezüglich des Jahresabschlusses der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH. Darin erläuterte er ausführlich das Zustandekommen der im

Jahresabschluss genannten Zahlen sowie deren Grundlagen und wies die erhobenen Vorwürfe als unbegründet und sachlich falsch zurück. Er warnte eindringlich vor den Gefahren derartiger Vorwürfe für den Ruf des Krankenhauses. Abschließend appellierte Oberbürgermeister Wagner, das Krankenhaus nicht kaputt zu reden, sondern sich gemeinsam dafür einzusetzen.

## 8 Anfragen

### 8.1 Anfrage der WBV-Fraktion über die Ausgestaltung des Vertrages mit dem Verein "Free-Dogs-WHV" zur Nutzung der Hundefreilaufflächen **533/2016**

**Frau Breuer** trug die Anfrage der WBV-Fraktion vor und bat um Beantwortung:

- „In einem Gespräch mit dem Vereinsvorstand des Vereins "Free-Dogs-WHV e.V." wurde das Thema Freilaufflächen für Hunde thematisiert. Diesbezüglich wurden auch Probleme angesprochen, die das Vertragsangebot an den Verein betreffen.
- 
- Gem. §2 des Vertragsentwurfs ist die Nutzung der Freilauffläche nicht auf Vereinsmitglieder beschränkt, das Gelände, das seitens Stadt Wilhelmshaven unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, soll jedem zur Verfügung stehen.
- Gem. §5 obliegt die Verkehrssicherungspflicht auf dem Gelände allein dem Verein, die Haftung der Stadt beschränkt sich auf Fälle grober Fahrlässigkeit. Weiter wird dem Verein im Vertragsentwurf daher der Abschluss einer Haftpflichtversicherung empfohlen, der die durch die Übernahme der Verkehrssicherungspflicht bestehenden Risiken abdeckt.
- Ebenso obliegt dem Verein gem. §7 die Errichtung und Unterhaltung eines Zugangstors sowie der Aufstellung eines Spenders für Hundekotbeutel nebst Mülleimer, die Entsorgungskosten soll ebenfalls der Verein tragen.
- 
- Dies voraus geschickt bittet die Fraktion der Wilhelmshavener Bürgervereinigung -WBV- um Beantwortung folgender Fragen in der Ratssitzung am 22.06.2016:
  - 
  - Ist der Entwurf tatsächlich so zu deuten, dass der knapp 50 Mitglieder umfassende Verein das gesamte Risiko der Verkehrssicherungspflicht mit Ausnahme grober Fahrlässigkeit tragen soll, obwohl das Gelände tatsächlich jedem frei zur Verfügung steht?
  - Was ist unter der dem Verein obliegenden Verkehrssicherungspflicht zu verstehen?
  - Gibt es vergleichbare Beispiele anderer Kommunen, die eine solche Regelung beinhalten?
  - Ist dem Vertragspartner "Stadt" bekannt, ob eine solche Versicherung überhaupt angeboten wird und welche Kosten damit verbunden sind?
  - Wäre es denkbar, die Versicherungskosten seitens der Stadt als Art Gegenleistung für die Erhöhung der Hundesteuer zu übernehmen? Gleiches gilt für die Entsorgungskosten (Mülleimer)
  - Wäre es denkbar - ggf. mit Unterstützung des Rechtsamtes - die Verkehrssicherungspflicht durch eine Art Benutzerordnung, die durch die Stadt Wilhelmshaven erlassen wird und mit Betreten der eingezäunten Fläche anerkannt wird, vom Verein abzuwenden?“

**Herr Leinert** erklärte, in einem Gespräch mit Teilen des Vorstandes sei das Thema „Haftplichtversicherung“ bereits besprochen worden. Da der Verein diese Versicherung nicht tragen könne, werde die Stadt daher die Fläche selbst der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Damit handele es sich um eine städtische Fläche, die dem kommunalen Schadenausgleich unterliege. Der Verein übernehme im Gegenzug über eine Patenschaftsvereinbarung die Pflege der Fläche.

**Frau Breuer** zog vor dem Hintergrund dieser Information die Anfrage zurück.

9 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur abgehandelten Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Ende der Sitzung: 18:35 Uhr**

gez.

---

Möhle  
Ratsvorsitzender

gez.

---

Wagner  
Oberbürgermeister

gez.

---

Rogel  
Protokollführerin